

**06.04.06 | Pressemitteilung**

## **Engagement für letzte 100 Grauwale verstärken**

AG Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

*Anlässlich des Berichts der Bundesregierung zur Finanzierung einer zweiten Ölplattform bei der im ochotskischen Meer gelegenen Insel Sachalin und die Auswirkungen auf die dortige Grauwalpopulation erklärt die zuständige Berichterstatterin der Arbeitsgruppe für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der SPD-Bundestagsfraktion, Mechthild Rawert:*

Durch die geplante Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen durch die Firma Sakhalin Energy Investment Company (Anteilseigner: 55 Prozent Ölkonzern Shell, 25 Prozent Mitsui und 20 Prozent Mitsubishi) ist das Überleben der letzten Westpazifischen Grauwale stark bedroht. Weltweit gibt es von dieser Grauwalpopulation nur noch rund 100 Tiere, darunter 23 fortpflanzungsfähige Weibchen. Das Fördergebiet um die Pazifikinsel Sakhalin ist das einzig bekannte sommerliche Nahrungsgebiet der restlichen Grauwale. Darüber hinaus reagieren Grauwale, die sich per Schallwellen orientieren, empfindlich auf Lärm. Seit 1999 fördert Shell bereits in den Sommermonaten Öl in diesem Gebiet. Seitdem registrieren Forscherteams vermehrt abgemagerte Grauwale. Daraus kann geschlossen werden, dass durch die stattfindenden Arbeiten die Nahrungsaufnahme gravierend gestört wird.

Die Sakhalin Energy Investment Company hat mit der Umsetzung des Bauprojekts vor Ort begonnen, ohne zuvor die Umweltbeeinträchtigungen ausreichend untersuchen zu lassen. Damit hat sie die Regeln der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), bei der Shell einen Kredit in Höhe von 400 Millionen US-Dollar beantragt hat, nicht eingehalten. Wenn sich die EBWE entschließen sollte, sich an der Finanzierung zu beteiligen, billigt das Direktorium damit auch eine Abweichung vom normalen Verfahren.

Zum Schutz der letzten 100 Grauwale sollte die Bundesregierung sich weiterhin im Rahmen des Artenschutzes insbesondere für diese Grauwale einsetzen. Alle beteiligten Staaten im Direktorium der EBWE sollten sich gegen eine Finanzierung des Projektes aussprechen. Auch in Zeiten des erhöhten Bedarfes von Öl und Gas darf die Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen nicht auf Kosten des Artenschutzes und der Umwelt gehen.